

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 211 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Mittwoch, 12. Sept. 1934

Chefredakteur: M. Braun

Der Führer über sich selbst

Ein illegales Flugzettel

Seite 2

Deutsche Wirtschaftsberichte

Seite 4

Faschismus und Nazismus

Seite 7

Wie ein Franzose uns sieht

Seite 8

Moskaus Weg nach Genf

Das Ende eines langen unnützen Streites der sozialistischen Internationalen

Eine geschichtliche Lehre

Genf, 11. September.

Nachdem in der geheimen Ratssitzung die Einigung über die Gewährung eines ständigen Ratssitzes für Sowjetrußland erzielt worden ist, erscheint dessen Eintritt in den Völkerbund gesichert. Ueber die Form der Einladung gibt es noch Meinungsverschiedenheiten, die wohl im Laufe des heutigen Tages ausgeräumt werden dürften.

Wir freuen uns über die Eingliederung der großen sozialistischen Macht in den Völkerbund, so begrenzt sich auch die Wirkung des Völkerbundes erwiesen haben mag. Die große Wendung Sowjetrußlands nach Genf ruft die Erinnerung an den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wach. Die Beteiligung Deutschlands an den Einrichtungen in Genf war eines der Ziele sozialdemokratischer Außenpolitik, und nur mit Hilfe der Sozialdemokratie konnte Stresemann den Erfolg erreichen, der seit Jahren von der großen deutschen Arbeiterpartei realpolitisch und keineswegs in passivem Ueberdruß angestrebt worden war.

Es ist unmöglich, in dieser Stunde zu verschweigen, welche Stellung damals die bolschewistische 3. Internationale gegen die Völkerbundspolitik der Sozialdemokratie eingenommen hat. Nicht aus Nechthaberel, sondern lediglich um zu zeigen, wie unnützig tiefe Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten konstruiert worden sind, erinnern wir an den Aufruf der 3. Internationale vom April 1926. Er rief die Arbeiter und Werktätigen Europas und der Welt auf: „Vereint euch zum Kampfe gegen den Völkerbund!“ Der Aufruf begann mit den Worten:

„Die pazifistische Legende, der Völkerbund könne und werde den Weltfrieden auf kapitalistischer Grundlage sichern, ist zerbrochen.“

Die bolschewistische Internationale begnügte sich nicht mit einer Einzelkritik an der Politik des Völkerbundes, die vom Standpunkt des Sozialisten wirklich zu viel Kritik herausforderte, sondern sie verdammte den Völkerbund überhaupt. Dabei berief sie sich auf die höchste Autorität des Bolschewismus, auf Lenin, wie folgt:

„Die Warnungen der kommunistischen Internationale werden durch die Wirklichkeit, durch das Leben bestätigt. Bereits im Frühjahr 1919 sah Lenin diesen Gang der Ereignisse voraus, er nannte den Völkerbund bereits im Moment seiner Gründung einen Bund von Räubern und Volkswürgern.“

Arbeiter aller Länder, Werktätige Europas und der ganzen Welt.

Wehrt euch, vereint euch, rüftet zum Kampfe gegen diesen Bund von Räubern und Volkswürgern.“

Die in dem Aufruf in die internationale Arbeiterwelt damals geschleuderten Parolen lauten: „Bruch mit dem Völkerbund!“ Man wird zugeben, daß diese Formulierungen weitgehend preisgegeben worden sind.

Selbstverständlich fehlt in dem Aufruf dann die Pointe nicht, die sich gegen die Sozialdemokratie richtet, der nach der bolschewistischen Theorie den revolutionären Grundfragen abtrünnigen parlamentarischen Partei. Ihr wird vorgeworfen:

„Ohne Rücksicht auf die Interessen der werktätigen Massen, unbedürftigt um die Forderungen des revolutionären Proletariats, haben die sozialdemokratischen Führer nicht nur jeden Vorschlag zum gemeinsamen Kampf gegen den Völkerbund abgelehnt, sondern direkt aktiv an dem Völkerbund und in ähnlichen Organen des Imperialismus mitgewirkt.“

Man stelle sich die damaligen Wirkungen des Aufrufes vor: in allen Parlamenten Europas, in der Arbeiterpresse aller Sprachen, in Millionen Flugschriften, in ungezählten Versammlungen wurde die Völkerbundspolitik zwischen den beiden großen Richtungen der Arbeiterbewegung wurden gegenseitig verfeindet und verfehrt wegen einer rein taktischen Frage, die jeder Zweig der Internationale nach den besonderen Verhältnissen und Bedingungen seines Landes hätte beantworten müssen. So tut es jetzt auch Rußland, das sich aus berechtigten nationalen Sicherheitsgründen, die aus der Spannung im Fernen Osten erwachsen, westeuropäisch neu orientiert.

Wir meinen, daß sich aus diesem Stellungswechsel des Bolschewismus eine Lehre für alle Richtungen des Sozialismus ziehen ließe. Auch die stärksten Theoretiker können irren, auch ihre Analysen und Konstruktionen haben nicht ewigkeitswert, sondern werden überholt oder modifiziert durch starke Realitäten auf den politischen Kampfplätzen.

Sind nun die russischen Staatsmänner charakterlose Opportunisten oder schwächliche reformistische Koalitionspolitiker geworden, weil sie mit der kapitalistischen Demokratie Frankreichs sich verbünden oder im Völkerbundsrat, in dem nur kapitalistische Staaten vertreten sind, Platz nehmen? Wir sind weit davon entfernt, solche Vorwürfe zu erheben. Im Gegenteil. Wir bejahen die Außenpolitik Rußlands, gerade auch, weil wir diesen gewaltigen Faktor sozialistischer Politik erhalten wissen wollen.

An die Theoretiker und die politischen Führer beider großen Richtungen des internationalen Sozialismus scheint uns aber die große und erfreuliche Schwankung Rußlands nach Genf die Mahnung zu richten: viel mehr Toleranz gegenüber dem faktisch anders gerichteten Sozialisten und viel weniger selbstherrliche Nechthaberel. Es ist verhängnisvoll, schwankende politische Auffassungen als geoffenbarte Dogmen auszurufen und Sozialisten anderer Richtung als Verräter zu diffamieren.

Und scheint, daß die beiden großen Arbeiterparteien aus den letzten zwei Jahrzehnten viel zu lernen haben, wenn sie den Weg und die Entschlüsse zu einer dauernden Kooperation finden sollen.

Otto Wels ausgebürgert

Berlin, 11. Sept. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Reichsinnenministers, durch die das Verbot von Otto Wels, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, für endgültig beschlagend erklärt wird. Wels wurde gleichzeitig die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt.

Das „Vermögen“ von Otto Wels besteht in einem hypothekeforisch belasteten Häuschen in Friedrichshagen bei Berlin. Raub und Ausbürgerung sind die Auszeichnungen, die Herr Hitler an seine gefährlichsten Gegner verleiht.

Avantgarde

Vorabdruck aus „Grenzen der Gewalt. Ausichten und Wirkungen bewaffneter Erhebungen des Proletariats“, erschienen bei der Verlagsanstalt „Graphia“, Karlsbad.

Die Verfechter der Diktatur gehen aus von der Idee einer Avantgarde des Proletariats. Dieses sei viel zu dumm, um sich selbst befreien zu können, nur eine Elite an seiner Spitze vermöge das, die sich erhebe und das Proletariat nach sich ziehe. Das ist keine neue Idee, sie wurde schon vor vier Menschenaltern geboren. Bereits Babeuf prägte sie (1796), nachdem die große französische Revolution in schlimmer Reaktion geendet hatte. Diese Idee fand dann im Blanquismus ihre energischste Verkörperung. Sie führte zu nichts als zu einer ununterbrochenen Kette von Niederlagen. Jedesmal, so oft die „Avantgarde“ in Bewegung gesetzt wurde, erwies es sich, daß ihr nichts nachfolgte, daß sie nicht imstande sei, auch nur einen Bruchteil des Volkes mit sich zu reißen. Sie war die Vorhut einer Armee, die bloß in der Fantasie der Verschworenen existierte. Diese freilich wählten stets, das Volk dürste nach Revolution und warte nur auf ein Signal, um loszuschlagen.

Auch wo solches der Fall, bedarf es eines gewaltigen Ereignisses, das die Massen weit tiefer erregt als der Putsch einiger hundert Verschworenen. Das gilt auch heute. Selbst der Aufstand des am meisten kampfbereiten Teils der Schutzbündler in den Februartagen in Wien, der sicher ein aufrüttelndes Ereignis war, vermochte die große Mehrheit der Wiener Arbeiter nicht zu einer Aktion fortzureißen. Einen Aufstand von gleicher Intensität im jetzigen Oesterreich zu wiederholen, ist aber nicht mehr möglich. Ein neuer Aufstandsversuch würde weder über soviel Waffen noch auch über so viel Menschen verfügen als der des österreichischen Schutzbundes, der als legale Organisation gegründet worden. Eine neue Verschwörung würde von der Polizei entdeckt werden, lange ehe sie mehrere tausend Mitglieder gewonnen hätte. Avantgarden dieser Art könnten nur die Zahl der nutzlosen Opfer vermehren, die im Freiheitskampf fallen — sicher wieder neue Helden. Aber Helden sind nicht dazu da, daß man sie in sinnlosen Experimenten verbräutet.

Die Avantgarde, die wir brauchen, ist ganz anderer Art. Ihre Aufgaben sind jene, die schon das „kommunistische Manifest“ als die des Bundes der Kommunisten bezeichnete, dem Marx und Engels 1847 beitraten. Sie sollen sein „der praktisch entschiedenste, immer weiter treibende Teil“ der Arbeiterschaft und sollen streben, „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung vorauszuhaben“.

Also diese Avantgarde soll aus den entschlossensten Sozialisten bestehen, aber auch den weitsichtigsten, am besten unterrichteten. Sie sollen dem Proletariat Zuversicht zu einer Sache einflößen, aber auch vermehrtes Wissen. Sie sollen durch hohe Entschlossenheit und Einsicht imstande sein, jede seiner Regungen zweckmäßig zu organisieren und zu gestalten.

Ohne geistige Ueberlegenheit über die Gegner ist für die Sozialisten kein Sieg möglich. Je mehr die „Einsicht“ alle geistige Selbständigkeit unterdrückt, jede Mitteilung der Wahrheit unterbindet, desto notwendiger wird die Informierung der Massen über den wirklichen Stand der Welt und über die allgemeinen Resultate

Deutschlands Absage zum Ostpakt

Die alte außenpolitische Walze

Das Deutsche Nachrichtenbüro teilt mit: Die deutsche Reichsregierung hat nach sorgfältiger Prüfung des bekannten Planes eines sogenannten Ostpactes die beteiligten Regierungen nunmehr über ihre Stellungnahme unterrichtet. Wie man weiß, handelt es sich bei dem vorerwähnten neuen Sicherheitsbündnis in Osteuropa vor allem um die Verpflichtung der acht Paktteilnehmer, nämlich um die Vereinigung der acht Paktteilnehmer, nämlich um Deutschland, der Sowjetunion, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland und Tschecoslowakei, zur automatischen gegenseitigen militärischen Unterstützung im Kriegsfall. Außerdem soll die Sowjetunion eine Garantie für den Rheinpact von Locarno und Frankreich eine Garantie für den Ostpact übernehmen. Diese Garantien sollen sich evtl. auch zugunsten Deutschlands auswirken.

Das ganze System setzt die Zugehörigkeit der Teilnehmerstaaten zum Völkerbund voraus und will diese Staaten auch in gewissen grundlegenden Fragen der europäischen Politik zu einer bestimmten Haltung im Völkerbund verpflichten.

In ihren Bemerkungen über dieses Projekt hat sich die deutsche Regierung zunächst grundsätzlich dahin ausgesprochen, daß sie keine Möglichkeit sieht, einem derartigen internationalen Vertragsystem beizutreten.

Solange ihre Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Rüstungen noch von gewissen Mächten in Zweifel gezogen wird. Der gleiche Gesichtspunkt ist auch für die Frage des künftigen Verhältnisses Deutschlands zum Völkerbund maßgebend.

Was die Unterstützungsspflicht der Paktteilnehmer angeht, so hat die deutsche Regierung dargelegt, daß sich der Verwirklichung dieses an die Sanktionsbestimmungen des Völkerbundsstatuts anschließenden Gedanken bisher bei allen internationalen Verhandlungen unüberwindliche Schwierigkeiten entgegengezeigt haben.

Vortsetzung Seite 2, Seite.

Der proletarischen Bewegung". Je klarer die Einsicht darüber, desto größer wird die Einheitlichkeit der proletarischen Bewegung werden, die so unerlässlich ist für ihren Sieg. Ihre geistige Einheit muß ihrer organisierten Vorhut vorangehen. Die geistige Überlegenheit proletarischer Massen über ihre Gegner herbeizuführen, wird die wichtigste Aufgabe der Avantgarde, die wir brauchen. Wer zu ihr gehören will, muß trachten, diese Überlegenheit durch Informierung seiner Umgebung auch dieser beizubringen. Bis zum Weltkrieg verstand sich das für jeden Sozialdemokraten von selbst als Grundlage jedes praktischen Wirkens in den Organisationen, zu denen er gehörte. Heute leben wir in einem Zeitalter des Kultus der rohen Gewalt und der Verachtung alles „Buchwissens“, an dessen Stelle der bloße Instinkt gesetzt wird, etwa der „Rasseninstinkt“. Heute ist es leider notwendig, die Notwendigkeit der Erwerbung und Verbreitung höheren Wissens für das Proletariat erst besonders zu betonen und darzulegen, früher war das eine Selbstverständlichkeit.

Noch in einem anderen Sinne brauchen wir eine Avantgarde für das Heer des Proletariats. Eine Avantgarde in der Internationale.

Die Demokratie ist heute vielfach deshalb in Verruf geraten, weil sie die großen Aufgaben nicht zu lösen vermochte, die ihr die Zeit nach dem Weltkrieg stellte. Das rührte daher, daß keine der sozialistischen Parteien die absolute Mehrheit im Staate erlangte, die bürgerlichen Parteien aber kein umfassendes Programm sozialer Weiterentwicklung mehr haben. Sie lösten sich auf in kurzfristige Interessengruppen, die sich untereinander um die Ausplünderung des Staates, das heißt, seiner Arbeiter, rauen. Dieser Zustand, der aus den gegebenen sozialen Machtverhältnissen hervorgeht, wird der Demokratie in die Schuhe geschoben. Die Diktatur, die in manchen Staaten an Stelle der Demokratie tritt, bringt freilich keine Verbesserung dieses Zustandes, sondern eine arge Verschlechterung, weil sie dem Proletariat alle Selbständigkeit und Widerstandskraft nimmt und dadurch gerade jenes Element lähmt, das angesichts der allgemeinen Auflösung in beschränkte Interessensvertretungen der Ausbeuter das Interesse der Allgemeinheit und des arbeitenden Volkes noch einigermaßen zur Geltung brachte.

Jeder demokratische Staat hat ökonomisch schwer zu kämpfen, solange er nicht eine sozialistische Mehrheit aufweist, aber die Diktaturen müssen ökonomisch verfallen.

Am besten gedeihen heute jene Gemeinwesen, in denen die Demokratie besteht und gleichzeitig ihre sozialdemokratischen Parteien stark genug sind, die Richtung der Politik zu bestimmen. Je mehr das offenkundig wird, desto mehr muß die Anziehungskraft des demokratischen Sozialismus und damit der Demokratie überall wieder wachsen. Jeder Erfolg der Sozialdemokratie in einem demokratischen Staat wird zu einem Erfolg für sie auch außerhalb seiner Grenzen in der ganzen Welt.

Diese zerfällt jetzt immer mehr in eine demokratische und eine „autoritäre“ Hälfte. Die autoritäre Hälfte kann sich dauernd nicht behaupten, da sie in zu unversöhnlichem Widerspruch zu dem Freiheitsstreben des modernen Menschen steht, das sich nicht für immer unterdrücken läßt. Aber zu einem raschen und baldigen Sieg der demokratischen Hälfte im Wettbewerb gehört eine höhere ökonomische Leistungsfähigkeit der Demokratie. Die Menschen fordern nicht bloß Freiheit allein, sondern auch Wohlstand und Sicherheit der Existenz.

Der Staat, dem es gelingt, diesen drei Forderungen zuerst ausreichend zu entsprechen, der muß, wenn er nur einigermaßen ausgebeutet ist, die Führung der Welt im Lauf der sozialen Höherentwicklung gewinnen. Das wird aber jener Staat sein, in dem zuerst eine sozialistische Partei mit demokratischen Mitteln die absolute Mehrheit im Volke und seiner Vertretung erlangt. Am nächsten unter den Großstaaten steht heute England diesem Ziele. Vielleicht ist es den englischen Arbeitern beschieden, zur Avantgarde der sozialistischen Bewegung in der Welt zu werden.

Seit dem Weltkrieg bewegt sich die moderne Gesellschaft in einem verhängnisvollen Zirkel. Der Krieg mit seinen Folgen hat einen großen Teil des Proletariats demoralisiert und zerklüftet. Er hat dadurch die Demokratie untergraben und den Diktatoren den Weg gebahnt. Diese drücken das Proletariat noch tiefer herab. Woher soll da die Kraft kommen, die diesen Zirkel durchbricht? Das kann nur geschehen durch das Proletariat eines Staates, in dem noch die Demokratie gilt, die Arbeiterklasse noch am geschlossenen und selbständigsten dasteht und diese auf Grund der Demokratie zu politischer Allmacht gelangt.

Sie muß dann so Gewaltiges und Beglückendes leisten, daß die Werbekraft der Demokratie und des demokratischen Sozialismus überall dort unwiderstehlich wird, wo die historische Entwicklung bereits vor dem Aufkommen der Diktatoren ein starkes und selbstbewußtes Proletariat geschaffen hatte.

Gewiß, die Bedingungen einer Diktatur — einer jeden, auch einer arbeitervreundlichen — lassen die arbeitenden Massen intellektuell und moralisch verkommen, fördern ihre Unwissenheit, ihre Unselbständigkeit, ihre Anechtlichkeit und Heuchelei. Aber das Proletariat ist in den Klassenkämpfen der letzten hundert Jahre aus der am tiefsten stehenden zu der höchstentwickelten Schicht der arbeitenden Klasse geworden. Es hat in diesen hundert Jahren so gewaltige moralische und intellektuelle Gewinne in den Hirnen der Angehörigen dieser Schicht angehäuft, daß sie nicht so schnell wieder verloren gehen, wenn sie auch zeitweilig durch brutale Unterdrückungsmassregeln verhindert werden, offen zutage zu treten.

Große Volksbewegungen bleiben in unserer Zeit allgemeiner Unsicherheit nirgends aus. Wo es zu einer solchen Bewegung in einer Diktatur kommt, werden rasch alle die degradierenden Einflüsse der Unterdrückung überwunden, wird das Proletariat sofort wieder nicht nur zu seiner früheren Kraft und Intelligenz aufsteigen, sondern es wird in seinen Freiheitskämpfen erhöhte Kräfte und Einsichten gewinnen.

Noch nie wurde eine Periode der Reaktion in der Weise überwunden, daß die revolutionäre Klasse dort

Deutschlands Absage zum Ostpakt

Die alte außenpolitische Walze

Fortsetzung von Seite 1

Deutschland, dessen zentrale Lage inmitten hochgerüsteter Staaten zu besonderer Vorsicht zwingt, kann keine Verpflichtung auf sich nehmen, die es in einen im Osten möglichen Konflikt hineinziehen und zum wahrscheinlichen Kriegsschauplatz machen würde.

Für die in dem Paktssystem vorgesehene Sondergarantie Frankreichs und der Sowjetunion liegt kein reales politisches Bedürfnis vor. Deutschland kann jedenfalls von solchen Garantien keinen Vorteil für sich erwarten.

Die deutsche Regierung glaubt, daß andere Methoden der Friedenssicherung mehr Erfolg versprechen.

Im allgemeinen würde sie dabei zweiseitigen Verträgen den Vorzug geben. Sie lehnt aber auch mehrseitige Verträge nicht ab. Nur müßte der Schwerpunkt dabei nicht auf die automatische militärische Unterstützungspflicht im Kriegsfall, sondern auf die Nichtangriffsverpflichtung und auf die Verpflichtung der an einem Konflikt interessierten Mächte zur Konsultation gelegt werden. Diese Verpflichtungen ließen sich im Sinne friedlicher Kriegsverhütungsmassnahmen sehr wohl zu realen Friedensgarantien ausgestalten, ohne daß damit die Gefahr von ernstlichen Komplikationen verbunden wäre, wie sie der jetzt von den anderen Mächten vorgeschlagene Unterstützungspakt sicherlich zur Folge haben müßte.

Der Wortlaut der deutschen Note liegt nicht vor. Daß sie Deutschlands außenpolitische Lage noch mehr verschlechtern wird, insbesondere in England, ist gewiß.

Erster Widerhall

Das „Deu re“ erklärt, es handle sich um eine glatte Ablehnung Deutschlands und es sei zu befürchten, daß diese Haltung neue Schwierigkeiten heraufbeschwören werde. Das „Journal“ meint, daß Deutschland nur den Versuch machen, zu handeln. Allerdings sei wenig Aussicht auf Erfolg, denn Paris habe es der Reichsregierung deutlich genug zu verstehen gegeben, daß die Besuche, die sofortige Verwirklichung der Räumungsgleichheit zu erlangen, vergeblich seien. Das „Echo de Paris“ meint, daß von den Mächten vorgeschlagene Sicherheitsabkommen könne natürlich nicht die Zustimmung eines Landes finden, das sich auf den Krieg vorbereitet. Es sei zu hoffen, daß Deutschlands Gegenanschläge nirgend Illusionen auslösten.

Das von Deutschland vorgeschlagene System sei das sicherste Mittel, um Frankreich mit seinen Verbündeten im Osten zu überwerfen. Ein erster Versuch dieser Methode würde Frankreich die Neundhaft Polens kosten. Deutschland wolle nicht, daß den augenblicklichen Grenzen eine Kollektivgarantie gegeben werde, weil es nach Gutdünken annehmen wolle. Es wolle mit Frankreich in gutem Einvernehmen bleiben, während es im Donaubereich handle und umgekehrt.

Der „Führer“ über sich selbst

Was er und Streicher zu einem Franzosen sagen

A. Ph. Paris, 11. September.

Von unserem Korrespondenten

Wir werden uns nicht wundern, wenn wir in der deutschen, Hitler gefälligen, also charakterlosen Presse lesen werden, ganz Frankreich stehe unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Parteitagcs in Nürnberg und wenn man sich zum Beweis für diese Behauptung auf das Zeugnis von Philippe Barrès, dem Sonderberichterstatter des „Matin“, berufen wird, der nicht verschweigt, wie überwältigend der Aufmarsch der braunen Massen und alles das, was in Nürnberg dazu gehörte, auf ihn gewirkt habe. Aber wir sind sicher, daß diese gefällige deutsche Presse ihren Lesern verschweigen wird, aus welchen Gründen Barrès seinen begeisterten Bericht gibt, nämlich nur, damit die Franzosen erkennen, daß hinter der braunen Fassade von Nürnberg mit ihrem Heilbronn der Aufmarsch der kriegsgeübten Massen sich vollzieht, die einmal Alldeutschland schaffen sollen, zu dem unter anderen nach der Ideologie des „dritten Reiches“ auch Elsass-Lothringen gehört.

Philippe Barrès hatte in der alten Burg zu Nürnberg eine Unterredung mit Hitler. Er schildert zunächst, wie die Begeisterung der im Burghof versammelten Massen immer wieder zu dem Saale hinaustobte, in dem sich der „Führer“ mit einigen wenigen Getreuen befindet. Er sagt, man merkte, daß diese wahnsinnige Begeisterung des Volkes Hitler besonders wegen der Ausländer gefallen habe, die sie miterlebt hätten. Richtig! Es will überhaupt scheinen, als ob dieser ganze Parteitag, dieser Aufmarsch der braunen Massen in Nürnberg nur um des Auslandes willen aufgezogen wurde.

Der französische Korrespondent stellt sich Julius Streicher vor. Selbstbewußt sagt dieser sofort: „Ich bin Streicher, den man den Schrecken des Frankenslandes nennt. Sie fragen mich nicht, wo die Juden sind, die ich getötet habe? Keulich sagte ein Däne zu mir: „900 sollen es gewesen sein.“ Ich erwiderte: Nein, 30 000.“

Der Korrespondent verrät nicht, welchen Eindruck diese Worte des Herrn Frankensführers auf ihn gemacht haben. Aber er erzählt weiter:

„Streicher klopfte Heß auf die Schulter. Ebenso klopfte er Herrn von Tschammer-Orten, Deutschlands oberstem Sportführer auf die Schulter. Sein Lachen hallte von der Wölbung wieder. Man hört Sporen und Hufeisen auf den Platten. Ich denke an die Bilder von Gustave More, an die alten Erzählungen über die Ritter Karls des Großen und an ihren Kampf mit den deutschen Edelknechten, mit Ganelon, dem Schrecken des Parzels!“

Doch nun berichtet Barrès, wie Streicher zu ihm sagt: „Der Kampf gegen die Juden ist eine periodische Erscheinung in der Geschichte. Aber man wird wohl die Entschleunungsschlacht schlagen müssen.“ Hier schloß der Berichterstatter ein: „Hitler sagte nichts dazu.“ Hitler Schweigen gerade an dieser Stelle redet Bände.

Doch geben wir Barrès wieder das Wort:

„Ein hübsches Mädchen betritt den Raum mit einem Arm voll roter Schwertlilien, die Hitler annimmt, um sie sofort

einem SA-Mann zu übergeben. Langsam drückt er mit gleichzeitig durchbohrendem und freundlichem Blick dem jungen Mädchen die Hand.

Du bist die Tochter des Burawarths?

Ja.

Du wirst Dich während Deines ganzen Lebens an diesen Tag erinnern.

Ja.

Langsam schaut er das Mädchen an, legt ihm die Hand auf die Schulter. Als sie dem Weinen nahe ist, verabschiedet er sie mit einer Handbewegung, und sie zieht sich mit einer Verbeugung zurück.

Jetzt kommt der Berichterstatter mit Hitler selbst ins Gespräch. Der „Führer“ sagt: „Sehen Sie, vor fünfzehn Jahren war diese Stadt in Bayern die kommunistische und marxistische. Als ich hier zum ersten Male reden wollte, sagte man mir: Sie werden eine Ortsgruppe der Partei vorfinden. Und ich fand eine Horde Kommunisten um fünf oder sechs Nationalsozialisten. Es war eine der schlimmsten Versammlungen, die ich kennen lernte. Aber ich habe doch ein paar Worte gesprochen. Ein Jahr darauf kam ich wieder, und da sie gemerkt haben, daß ich gefährlich war, wurde es schlimmer. Zwei Stunden lang mußte ich ihre Diskussionsreden mit anhören, zwei Stunden lang nannte man mich Mörder. Ich sah mich schon in jedem Augenblick durch das Fenster fliegen, besonders als sie einen Kriegsblinden auf das Podium schleppten, der auf alles das zu schimpfen anfing, was die Menschen in der Welt verehren konnten. Aber der Zufall wollte es, daß auch ich eine Zeitlang Kriegsblind gewesen war. Damals sagte ich zu der Menge: Ich weiß alles, was dieser Mensch fühlt. Auch ich war geblendet wie er und noch mehr als er. Aber ich fand das Licht wieder!“ Ich sagte noch viele ähnliche Dinge. Die sie verurteilten. Aber es hat Zeit, Reden, Flugblätter und nochmals Flugblätter und nochmals Reden gekostet, um diese Stadt zu erobern...“

„Sehen Sie“, so fuhr Hitler fort, „man muß mit den Zeiten reden können. Die große Masse ist schlüch. In schlüchter Weise muß man sie gewinnen. Ich weiß immer, wen ich vor mir habe, und ich spreche für den, den ich vor mir habe. Für den Wert eines Redners gibt es nur einen Maßstab: die Wirkung, die von ihm ausgeht. Man darf zum Volk nicht in gebildeten Wendungen sprechen... Vielleicht fragen sich mitunter die Intellektuellen, warum ich einen einfachen Gedanken so oft wiederhole, warum ich ihn mit einem noch einfacheren Worte unterbreite. Ich wende mich da eben nicht an die Intellektuellen. Der gewaltige Irrtum der bürgerlichen Parteien besteht darin, daß sie sich in den Kopf setzen, mit dem Volk in gebildeter Sprache zu reden. Man muß die Deutlichkeit in ihrer Verschiedenheit unterscheiden können. Es gibt Redner, die nur zu Intellektuellen reden können, es gibt andere, die nur zum Volk sprechen können. Der wahre Redner aber muß auf beide wirken.“

Hitler steht mit begreiflichem Stolz die Massen um sich, die er gewonnen hat. Die abblets Sterbenden, die zahlreicher sind, will er nicht leben.

Daß er mit seinen von ihm selbst so gerühmten rhetorischen Wirkungen die ganze Welt gegen Deutschland aufgebracht hat, beareist er nicht, wie er auch sein Gefühl dafür hat, daß es für einen Staatsmann unmöglich sein müßte, sich mit einem Pornographen wie Streicher einzulassen.

wieder anknüpfte, wo die Reaktion sie niedergeworfen hatte. Stets stellte sich heraus, daß das Proletariat und die Volksmasse überhaupt am Ende der Reaktionsperiode höher stand, als es bei ihrem Beginn gewesen. Wie viel reifer als 1848 zeigte sich in den Staaten kapitalistischer Industrie die Proletariat in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts! Die Reaktion nach 1849 brachte in ihren ersten Jahren höchste Verwirrung in die Reihen der geschlagenen Revolutionäre. Aber sobald das Proletariat sich nur einigermaßen wieder zu orientieren und zu regen begann, lernte es rapid aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart.

So wird das Proletariat auch diesmal wieder aus der Zeit seiner Prüfungen geläutert und gekräftigt hervorgehen, besser als bisher befähigt, seine große historische Mission erfolgreich durchzuführen, allen Mühseligen und Beladenen Freiheit, Frieden, Wohlstand, Sicherheit zu bringen.

Der Terror des Reichsbischofs

Berlin, 10. Sept. Der Terror des Reichsbischofs Müller hat nun auch vor dem hannoverschen Landesbischof D. Mahrrens nicht Halt gemacht, obwohl von 800 hannoverschen Pfarrern dem Landesbischof gerade in den letzten Tagen noch 750 Geistliche ihr uneingeschränktes Vertrauen schriftlich bezeugt hatten. Die Reichsregierung hat ein neues Gesetz erlassen, durch das Mahrrens die ihm übertragenen besonderen Vollmachten genossen worden sind.

München, 10. Sept. Der bayerische Landesbischof Meiser hat an den Reichsinnenminister Frick ein Schreiben gerichtet, in dem er der Erwartung Ausdruck gibt, daß die Reichsregierung dem Reichsbischof Müller die Verfassung von Gelehrten untersteht, die alle Rechte der Landeskirchen aufhebt. — Unterdrückt liegt Müller, der das Vertrauen Hitlers besitzt, seine diktatorischen Massnahmen gegen die Mitglieder der Kirchenopposition fort. Man spricht von nicht weniger als 1200 oppositionellen Pfarrern, die von der Kirchenregierung ihrer Pösten enthoben worden sind.

Einheitsfront des Saargebiets

an den Völkerbund

Forderung zur Sicherung gegen Terrorakte, zur Durchführung einer wirklichen freien Abstimmung

Die Einheitsfront des Saargebiets, unterzeichnet Max Braun und Fritz Floridi, hat an den Völkerbundsrat durch die Abstimmungskommission des Saargebiets eine Denkschrift gerichtet. Wir entnehmen dem wichtigen Dokument:

I. Wir gestatten uns, erneut die Aufmerksamkeit des Hohen Völkerbundesrates auf den nationalsozialistischen Terror im Saargebiet zu lenken, der die Freiheit und Aufrichtigkeit der Abstimmung auf das schwerste gefährdet.

Die bereits in früheren Denkschriften dem Hohen Völkerbundsrat mitgeteilten Terror-, Vorkott-, Achtungs- und Diffamierungsmassnahmen der Nationalsozialisten bestehen in verschärfter Form und vergrößertem Umfange weiter: Die Gleichschaltung der saarländischen Kommunen und anderer Selbstverwaltungsorganen mit ihrer schweren Schädigung aller saarländischen Gegner des Nationalsozialismus; die nationalsozialistische Verletzung des gesamten Beamtenkörpers, insbesondere auch in der Exekutive; die nationalsozialistische Infiltration der Justiz und der Schule; der Gefinnungszwang mit der beständigen Bedrohung der Proklamierung auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten; der Gefinnungsterror im gesellschaftlichen und Vereinsleben mit der ständigen Androhung von Repressalien nach dem Abstimmungstag usw. Dazu kommen

Steigendem Maße physische Terrorakte,

die planmäßig vorbereitet und durchgeführt werden, und denen gegenüber sich die bestehende Exekutive als unzureichend und unzuverlässig erwiesen hat. Die Attentate auf den Landesratsabgeordneten Sommer in Heiligenwald, auf den sozialistischen Parteivorsitzenden Becker in Elversberg, auf den früheren Reichsmilitärleiter der NSDAP, Hillebrandt in Neunrieth, auf den Polizeikommissar Nachts in Saarbrücken, die Franzosenbomben gegen die Anti-Hitler-Aushebung in Zulusbach mit der Freilassung des Täters und eine Reihe anderer Terrorfälle, die sich noch in allerjüngster Zeit ereignet haben, verlangen gebieterisch ganz energische Massnahmen gegen diesen Terror. Wir fordern einen ausreichenden Schutz der Abstimmungsreihe, der so stark sein muß, daß er auch der drohenden Gefahr eines Putschs wie eines Einmarsches nationalsozialistischer Truppenteile Genüge leisten kann. Die Massen der Hitlergegner an der Saar erklären sich ausdrücklich bereit, den Schutz ihrer Heimat gegen widerrechtliche und gewalttätige Aktionen des Nationalsozialismus zu übernehmen. Allein seit der letzten Völkerbundsstimmung sind über 500 Terrorfälle gemeldet und einwandfrei belegt worden. Dazu kommen die dauernden Verletzungen der Vereinbarungen vom 4. Juni durch den hitlerdeutschen Hundstunf und durch fortwährende angriffende Einmischungen reichsdeutscher Regierungsausschüsse und Regierungsbeamten in die Angelegenheiten der Saar-Volksabstimmung. Mit der zunehmenden Ausschließlichkeit eines Hitlerregimes am 13. Januar wird die Anwendung der Razi-Methoden gegen Deutschland auch auf die Saar übertragen.

II.

Eine weitere Gefahr für die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der Abstimmung liegt in der Art und Weise der Herstellung der Abstimmungsreihe. Die Objektivität, Finalität und Neutralität der Abstimmungskommission wurde und wird durch die Massnahmen der gleichgeschalteten Kommunalverwaltungen beeinträchtigt. Diese haben sowohl bei der Aufstellung der Listen wie bei den Vorschlägen für die Gemeinde-Wahllokale in unzulässiger und gefährlicher Einseitigkeit gehandelt, die noch durch unzulässige Nachschärfen der sogenannten „Deutschen Front“ unterstützt wurde. Von insgesamt 84 Gemeinde-Wahllokale sind

nur in acht die Gegner des Nationalsozialismus vertreten, während 76 Ausschüsse restlos mit Anhängern der nationalsozialistischen „Deutschen Front“ besetzt sind. Die Loyalität dieser Ausschüsse geht über rein technische Funktionen weit hinaus, so daß ihre Zusammenlegung eine schwere Gefahr für die Ehrlichkeit der Abstimmung darstellt. Die jetzt herausgekommenen Zahlen sind eine hohe Zahl der angeblich Abstimmungsberechtigten, die aller Statistik widerspricht, beweisen bereits, mit welchen Methoden seitens der Nationalsozialisten zur Irreführung der Abstimmungskommission gearbeitet worden ist. Demgegenüber ist eine besonders scharfe und bis auf den einzelnen Fall durchgeführte Kontrolle durch unparteiische Beauftragte unter Teilnahme der Vertreter aller Bevölkerungskreise unbedingt erforderlich. Falls die dafür vorhandenen Organe bei der Kürze der Zeit nicht ausreichen, muß ihre Zahl unter Berücksichtigung des Prinzips der Parität vermehrt werden. Insbesondere ist eine intensive Auswertung der doppelten Eintragung erforderlich.

Die Freiheit der Abstimmung würde gefährdet sein, wenn

1. eine Beschlagnahme der Säle, Plakatsäulen und Kundgebungsplätze und eine Ausschaltung aller Vorkottierungs- und Diskriminierungsmassnahmen gegen die

Zeitungen der Hitlergegner an der Saar durch die Selbstverwaltungsorganen und

2. eine Freigabe der öffentlichen Propaganda erfolgt.

III.

Sie machen den Hohen Völkerbundsrat darauf aufmerksam, daß seitens der nationalsozialistischen „Deutschen Front“ wider besseres Wissen in demagogischer Weise die irreführende Auffassung verbreitet wird, daß die Pensionen und Rentenempfänger bei einer Abstimmung gegen Hitler

Christliches Gewerkschaftsbüro besetzt

Ein schwerer Terrorfall an der Saar

Verstoß gegen die Verordnungen der Regierungskommission

Saarbrücken, den 10. September 1934.

Heute hat sich in Saarbrücken ein neuer unerhörter Terrorfall ereignet. Drei Gruppen SA-Leute besetzten heute vormittag die Büros des christlichen Metallarbeiterverbandes, teilweise unter Anwendung von Gewalt, um auf Anordnung hitlerdeutscher Behörden den gleichgeschalteten christlichen Gewerkschaftssekretär Otto Vid zu besetzen, da Vid der neuen Richtung nicht mehr paßt. Die SA-Leute mußten mit Hilfe der Polizei entfernt werden. Im Laufe des Nachmittags besetzte die SA, auf neue die Büros, auf denen sie nichts verloren hat, brachte Sicherheitskräfte an, um die bisherige Leitung des Verbandes am Betreten der Büros zu hindern und wurde abermals durch das Ueberfallkommando hinausgedrängt. Die Polizei verweigerte jedoch die Büros. Alles weitere wird sich vor dem Gericht abspielen.

Die Hintergründe

Die „Vollstimme“ berichtet über die Vorgeschichte des Gewalttätigen unter den Augen der Völkerbundskommission:

In der braunen Gewerkschaftsfront an der Saar ist ein sehr heftiger Konflikt ausgebrochen. Zwei Fronten stehen sich gegenüber. Auf der einen Seite der Schwarzbraune Peter Kiefer, auf der anderen Seite der gleichgeschaltete christliche Gewerkschaftssekretär Otto Vid. Vid vertritt den Standpunkt, daß die Arbeiterschaft unter keinen Umständen die Kosten der Mitgliedschaft tragen dürfe. Kiefer und Peter Kiefer waren sich also einig, daß der gleichgeschaltete Gewerkschaftssekretär Vid verschwinden müsse. Da der Verband des Herrn Vid aber absolut selbstständig ist, ist diese Lösung mit großen Schwierigkeiten verbunden. Am vergangenen Sonntag wurden also per Freifahrtchein eine Reihe absolut hitler- und rücklingsreue Funktionäre nach Zweibrücken beordert, wo der Abteilungsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Herr Kalwar, Berlin, den Plan zur Beseitigung Vids entwarf. Gegen Otto Vid wurden die tollsten Verleumdungen verbreitet. Kronzeuge gegen Vid war ein früherer Gewerkschaftssekretär, der wegen Unterschlagungen im Verband entlassen und verhaftet worden war. In Zweibrücken wurde von Berlin die Order gegeben, die Büros des christlichen Metallarbeiterverbandes am Montag sofort mit SA zu besetzen und Vid hinausjuchmen. So kam es zu den geradezu sensationellen Vorfällen innerhalb der braunen Gewerkschaftsfront an der Saar.

Man macht das nach bekannter Methode. Man ließ in der Zweibrücker Verammlung einen Rechtsanwalt aus Saar-

Der tägliche Terrorfall

„So, das hast Du von dem Status quo!“

Saarbrücken, 10. Sept. In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde in Fällingen der Sohn des Volkshauswirts von drei Nationalsozialisten überfallen, niedergeschlagen und schwer mißhandelt. Der Ueberfall ereignete sich in der Mitte des Ortes. Als der Schwerverletzte wehrlos am Boden lag, rief ihm noch einer der Nationalsozialisten zu: „So, das hast Du von dem Status quo.“

Dem nichtgleichgeschalteten jungen Mann ist u. a. die untere Extremität ausgeschlagen worden. Die Nationalsozialisten haben mit geradezu bestialischer Brutalität auf ihn eingeschlagen.

Monsignore Panico im Saargebiet

Der päpstliche Delegat für das Saargebiet, Monsignore Panico, ist am Montagabend in Saarbrücken eingetroffen.

Seine der aus geschmähtiger Verpflichtung herrührenden Zahlungen des „Dritten Reiches“ mehr zu erwarten hätten. Demgegenüber stellen wir fest, daß die Rechte auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der Pensionen unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung sind, daß die Zahlungen des „Dritten Reiches“ geschmähtige Verpflichtungen darstellen und daß für die Sozialrentner und Rentempfänger ausreichende Garantien bestehen bzw. weitere geschaffen werden müssen.

IV.

Der von der Einheitsfront des Saargebiets vertretene Volksteil ist der Auffassung, daß die künftige Gestaltung des Saargebietes im Status quo das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung einseitlich des Rechtes, den Status des Gebietes zu ändern, umfaßt.

brücken mit einem „juristischen Gutachten“ aufmarschieren. Nicht genug damit: es mußte dem mitleidigen Sekretär Vid „Korruption“ nachgewiesen werden. Man nahm eine Entschlichung an, in der es heißt:

Nach den in der Versammlung getroffenen Feststellungen ist die Bestellung des Otto Vid zum Verbandsleiter und die von ihm herausgearbeitete Satzung mangels gültigen Generalversammlungsbeschlusses nichtig. Otto Vid hat nach den in der Versammlung weiterhin getroffenen Feststellungen, erhärtet durch geprüfte Urkunden und verhörte Zeugen, seit Jahren unter Mißbrauch seiner Stellung als Bezirks- und Verbandsleiter in schwerster Schädigung des ihm anvertrauten Verbandsvermögens sich persönlich bereichert; er hat sich des Vertrauens der Mitglieder unwürdig gezeigt. Der derzeitige Vorstand wird daher aufgefördert, mit sofortiger Wirkung eine ordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen zwecks Prüfung dieser Vorfälle. Der Vorstand wird weiter aufgefordert, sich bis zu der zu treffenden Entschlichung der Mitgliederversammlung jeder Geschäftstätigkeit zu enthalten.

Diese Vorfälle stellen nicht nur einen unerhörten Eingriff in das Vereinsrecht an der Saar dar, nicht nur einen widerrechtlichen Eingriff in die Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes, sondern vor allem eine einzig dastehende Einmischung reichsdeutscher Hitlerbehörden in das Gewerkschaftsleben der Saar.

Wenn die Regierungskommission auf Grund dieser unerhörten Vorfälle nicht endlich zu den schärfsten Gegenmassnahmen greift und dem Hitler-Terror an der Saar ein Ende macht, werden sich in den nächsten Tagen und Wochen noch ganz andere Dinge im Saargebiet ereignen. Bekanntlich ist von den hitlerdeutschen Behörden die Injenerierung eines Generalkreises im Saargebiet geplant, der von Berlin finanziert sein soll. Berlin vertritt sich sehr viel davon. Die Terrorwelle verdichtet sich mehr und mehr, die Regierungskommission kann nur noch Herr der Lage bleiben, wenn sie mit eiserner Entschlossenheit und mit den schärfsten Mitteln gegen die braunen Terroristen, die Ordnung und Sicherheit im Saargebiet so schwer gefährden, vorgeht. Unbegreiflich bleibt uns bis zur Stunde, weshalb die illegale SA-Truppe, die in so widerrechtlicher Weise fremde Gewerkschaftsbüros besetzt, nicht sofort in Haft genommen wurde. Mit Protokollen allein ist gegen solchen Terror nicht anzukommen.

Diese Terrorfälle häufen sich in den letzten Wochen in u. a. gesehenem Ausmaße. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Gerichte den angeklagten Nationalsozialisten mit größter Wohlwollen entgegenstehen. Kein Wunder, die meisten Richter gehören gleichfalls der „Deutschen Front“ an. Der größte Teil der Polizei bzw. der Landjäger ist unzuverlässig. Die Bevölkerung ist schulplos. Wenn wir die letzten Wochen kurz Revue passieren lassen, so häufen sich die Terrorfälle berges. Wie ist es möglich, daß der braune „Ordnungsdienst“ mit Genehmigung der Behörden seine sogenannte Patrouillen durchführen darf, so, daß er überhaupt erlaubt ist?

zähliger Familien von eingekerkerten Antifaschisten aus. Das Wehrhilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus richtet an die ganze Welt den dringenden Appell: erkämpft durch Massenproteste und Massenspenden die Befreiung Frau Weimers und ihres Kindes, erkämpft die Rettung aller Opfer des Hitlerfaschismus aus Gefangenschaft und Not!

Judenhetze

In verschiedenen Gegenden Deutschlands, beispielsweise zwischen Magdeburg und Braunschweig, sind neuerdings in zahlreichen Dörfern auffallende rote Plakate angebracht mit verschiedenen Aufschriften, zum Beispiel: „Der vom Juden frisst, stirbt daran. Die Juden sind unser Unglück. Der Jude konfottiert deutsche Waren, denkt daran.“

Versöhnungszug

Das Mittelungsblatt der Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und öffentliche Betriebe, „Arbeit und Staat“, gibt den Reinsagern der letzten Wahl in einem einzigen, kurzen Artikel, folgende Rosenamen:

Vunnen, gekränkte Leberwürste, Tummelplätze, Heie, politische Kindsköpfe, Patentnarren, verhinderte Schieber. Wenn sich die Reinsager auch dadurch nicht gewinnen lassen, ist ihnen nicht zu helfen.

Das Martyrium eines Kindes in Hitlerdeutschland

Ein zwölfjähriger Junge muß Strallingsarbeit verrichten, weil sein Vater aus Dachau entflohen ist

Der Fall des ehemaligen Abgeordneten Hans Weimler ist bekannt. Knapp vor seinem „Selbstmord“, angedroht und zertrümmert, gelang es ihm im Mai 1934, aus dem Konzentrationslager Dachau zu entfliehen. Daraufhin wurden seine Frau, seine Schwägerin und sein Sohn von der Hitlerpolizei festgenommen. Frau Weimler befindet sich heute, nach 15 Monaten, noch immer als Geisel im Strafhaus, nach 15 Monaten, noch rechtmäßig verurteilt wurde. Dort befindet sich auch ihre Schwester; ihr zwölfjähriger Junge wurde in eine Erziehungsanstalt nach Wasserburg am Inn gebracht.

Die Aufsicht eines oppositionellen Katholiken aus Säckingen, die an das Weimerhilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus gelangt, wirft ein grelles Licht auf die unmenschlichen Schicksale, die Kinder eingekerkelter Antifaschisten heute im „Dritten Reich“ erleiden müssen. Der kleine Hans Weimler befindet sich ohne Verbindung mit

seiner Mutter, die er seit 15 Monaten nicht mehr sehen durfte, im Erziehungsheim. Seine „Erziehung“ besteht darin, daß man den schwächlichen Jungen, der für sein Alter noch klein ist, als Wauergeselle vier Stunden täglich in Wind und Wetter schwere Lasten tragen und die härteste körperliche Arbeit verrichten läßt. Vier weitere Stunden pro Tag muß er die Schule besuchen und als „Hilfsschweinefütterer“ unter dem Hohn der Lehrer nationalsozialistische Vieder anwendend lernen. Was vom Tag übrig bleibt, muß der körperlich völlig erschöpfte Junge auf „Schularbeiten“ anwenden, die je nach Mutwillen und Laune seiner Lehrer gelegentlich besondere Strafarbeiten sind. Dabei ist keine Ernährungs völlig unzureichend. Niemand weiß, welche körperliche Schädigungen das Kind jetzt schon für sein ganzes Leben davongetragen hat.

Der Geselall der Frau Weimler, das Martyrium des kleinen Hans, sind keine Einzelfälle. So sieht das Schicksal

Einkommen und Kaufkraft

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:
Die Kaufkraft der Konsumenten hat sich nicht in dem Maße erhöht wie die Einzelhandelsumsätze. In den letzten einhalb Jahren sind nämlich auch die Preise gestiegen, zwar in einem Abstand zu den Großhandelspreisen, aber doch in überraschend schneller Anpassung an diese.

	Lebenshaltungsindex (1913/14=100)			Großhandelsindex (1913/14=100)		
	Insgesamt (o. Wohn.)	Ernährg.	Kleidungs	Insgesamt	Agrarprodukte	Industrie-Fertware
1933 Januar	116,4	107,5	112,1	91,0	80,9	115,0
Juni	118,2	110,7	110,6	92,9	85,1	112,1
Dezember	120,8	114,2	112,8	96,2	95,7	113,9
1934 Januar	120,7	114,1	115,2	96,3	92,9	114,1
Februar	120,5	113,8	115,5	96,2	91,9	114,5
März	121,4	115,5	114,1	95,9	9,6	114,6
April	120,4	113,7	114,7	95,8	90,5	114,7
Mai	120,1	112,8	115,0	96,2	91,5	114,9
Juni	121,6	115,5	115,2	97,2	95,7	114,9
Juli	123,5	117,5	115,7	98,9	97,5	115,0

Der Lebenshaltungsindex (ohne Wohnung), der die Preisbewegung im Einzelhandel annähernd wiedergibt, hat sich seit Anfang 1933 um rund 6 Prozent erhöht, der Ernährungsindex allein um 9 Prozent, der Bekleidungsindex seit Mitte 1933 um etwa 4,5 Prozent. Es läßt sich angesichts der Fehlergrenze bei den Unterschätzungen an Hand dieses Vergleichs nicht genau sagen, wieviel von der Umsatzerhöhung auf Preissteigerung und wieviel auf mengenmäßige Verbrauchszunahme entfällt, aber man wird annehmen dürfen, daß diese mehr als die Hälfte, also bei einer wertmäßigen Umsatzsteigerung um ein Zehntel mehr als 5 Prozent ausmacht. Der Großhandelsindex erhöhte sich im selben Zeitraum um 8,7 Prozent, der Agrarindex um 20 Prozent, der Fertigwarenindex um noch nicht 2 Prozent. Wenn also auch der Einzelhandel dem Anstieg der Großhandelspreise allmählich folgte, so hat sich doch, wie jedesmal im Aufschwung, die Spanne zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen zunächst eingengt, besonders bei Agrarprodukten, bei denen bekanntlich teilweise der Versuch unternommen wird, die Erzeugerpreise auskömmlich zu gestalten, ohne die Konsumentenpreise zu verändern. Der Einzelhandel konnte demnach vorläufig die Erhöhung seiner Einkaufspreise nicht voll auf den Konsumenten weiterwälzen, zumal die wachsame Kontrolle des großen Käuferpublikums angesichts der Parole gegen Preissteigerungen hier ein Hemmnis besonderer Art darstellt. Immerhin ist es bemerkenswert, daß bei den Nahrungs- und Genußmitteln eine wertmäßige Umsatzsteigerung infolge der höheren Agrarpreise mit einer mengenmäßigen Abnahme verbunden war. Bei weniger verderblichen Produkten stammen freilich die Einzelhandelslagen noch zum Teil aus Zeiten mit niedrigeren Preisen, so daß die Kürzung der Handelsspanne noch nicht durchweg in Erscheinung tritt. Aber auf die Dauer kann diese Preisbewegung auf die Rentabilität des Handels natürlich nicht ohne Einfluß bleiben. Andererseits haben das Einzelhandels-Sperrgesetz, die Zurückdrängung der Warenhäuser und ihrer Reklamemethoden, das Zugabeverbot, die Rabattbeschränkung, die Neureglung der Sonderverkäufe usw. den Wettbewerb gemindert und oft auch die Kosten herabgedrückt.

Das Sterben auf dem Rhein

Dem Mannheimer „Hakenkreuzbanner“ entnehmen wir die folgende Bilanz der Rheinschiffahrt: „... Ueberall eine gewisse Stille. Es fehlt nach wie vor an Ladungsangebot. ... Auch jetzt bedingte das stärkere Angebot an zur Verfügung stehendem Kahrtsraum eine Verminderung in der Beschäftigung des Schiffahrtsgewerbes und ein allmähliches Sinken der Frachten. ... Insbesondere im Verkehr mit der Schweiz und Süddeutschland hat sich ein teilweise nicht unerheblicher Rückgang gezeigt. ... In den Seehäfen haben die Anfahrten von Massengütern nach Deutschland ebenfalls nachgelassen. ... Das Ladungsangebot im Ausgangsverkehr war nur ungenügend, so daß die Lade-fähigkeit der Dampfer nicht voll ausgenutzt werden konnte und für die Reedereien dadurch ein nicht unerheblicher Frachtausfall entstanden ist. ... Die Verladung von Brennstoffen, besonders nach Süddeutschland und der Schweiz ... ist im Monat August wesentlich zurückgegangen und hat zu einer entsprechenden einschränkenden Beschäftigung sowohl bei den Reedereien als auch bei der Partikulierschiffahrt geführt. ... Die Frachten verbunden sich infolge der mit dem günstigen Wasserstand verbundenen besseren Ausnutzung der Fahrzeuge und unter dem Druck des dadurch verursachten Kahrtsraumüberangebotes nicht behaupten, und es trat ein allmählicher Rückgang der Frachten ein. ... Im Schleppgeschäft hat sich ebenso wie im Frachtgeschäft eine Abschwächung in der Beschäftigung bemerkbar gemacht. Da während des ganzen Monats ein Ueberangebot an Schleppkraft herrschte, war eine fortlaufende Infahrhaltung der Schlepper nicht immer möglich. ... In den Speditions- und Umschlagsbetrieben hat sich die Geschäftslage auch im August nicht gebessert; die Beschäftigung war nach wie vor ungenügend. Besonders in den privaten Hafenumschlagbetrieben ist mangels Zulauf von Gütern aller Art ein weiterer Rückgang eingetreten, so daß — und hier wird in dem ganzen Katastrophenbericht einmal eine Zahl genannt — „die meisten Anlagen nicht über 15 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt waren.“

Wie auf dem Rhein die Arbeitsschlacht geschlagen wird

Man schreibt uns: Auf einem kurzen illegalen Besuch im „dritten Reich“ traf ich einen alten Bekannten, der als Schiffer auf Rhein, Ruhr usw. seit seiner Jugend sein Leben fristet. Die Krise hat auch er in den letzten Jahren öfter zu spüren bekommen, indem er in immer kürzeren Perioden von der Arbeitslosigkeit betroffen und zum Stempeln verurteilt war. Auf meine Frage, wie es ihm im „dritten Reich“ gehe und ob auch er an dem Segen des neuen Staates teilnehmen könne, erfuhr ich folgendes: Die anfallenden Frachten werden, im Gegensatz zu früher, wo freie Konkurrenz maßgebend war, auf den vorhandenen Frachtraum verteilt, was nur recht und billig ist. Trotzdem entstehen Fahrpausen von sechs bis acht Wochen. Während nun früher das Schiffs-personal die Arbeitslosenunterstützung von den Arbeits-

Ein Dokument

Rohstoffmangel überall

Kein Gebiet deutscher Wirtschaft bleibt von der Rohstoffknappheit verschont. In steigendem Maße wirkt sich die Knappheit auf allen Wirtschaftszweigen aus und veranlaßt Preissteigerungen. Diese Preissteigerungen treffen eine bereits fränke und mit Schwierigkeiten kämpfende Wirtschaft. Es ist eine nicht abzusehende Kette: Devisenmangel, Rohstoffknappheit, Produktionsmangel, Preissteigerung, Ratten und Preise des Inhalts, wie das nebenstehende Dokument, werden aus den verschiedensten Geschäftszweigen verfaßt zu einer Zeit, in der Adolf Hitler sechs mal Handwärmer redet und seinen armen Untertanen und der Welt von Deutschlands glorreichem Aufstieg etwas vorredet. Wir alle kennen die weiteren Folgen der Rohstoffknappheit. Gaben wir doch alle den Krieg und sein Wirtschaftselend mitgemacht.

Sie recht hatte die ausländische Presse, die angesichts der Nürnbergser Tagung böhmisch feilschte. Hitler-Deutschland sei zwar unerreich in Demonstrationen, Massenaufmärschen, eilendlang-politischen Reden, Gemeindefestgefühle, Stiefel-

ütern bezog und somit in der Statistik ersähen, zahlt nun in den Fahrpausen der Schiffseigner die Unterstützung aus und erhält sie seinerseits von Staat bzw. Arbeitsamt zurück. Auf diese Weise wird verhütet, daß die in Wirklichkeit arbeitslosen Schiffsknechte usw. in der amtlichen Statistik erscheinen müssen.

Auf solche Weise versucht man im neuen Deutschland sich selbst und das dumme deutsche Volk zu betrügen und auch der übrigen Welt Sand in die Augen zu streuen.

Rückläufige Druckpapier-Ausfuhr

Deutschlands Druckpapier-Ausfuhr betrug in den ersten sieben Monaten 1934 374 605 dz im Werte von RM. 4,98 Millionen gegen 598 502 dz von RM. 8,53 Millionen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 760 740 dz von RM. 14,77 Millionen in den ersten sieben Monaten 1932. Die Ausfuhr nach Frankreich ist von 498 527 dz 1929 (alles Reparationsachlieferungen) auf 108 178 dz 1933 und 87 653 dz 1934 gesunken, die nach Holland von 139 938 dz auf 101 987 und 69 853 dz und nach Argentinien von 197 069 dz auf 114 221 dz und 21 443 dz.

Deutschland kauft Lumpen

Die tschechoslowakische Hadernausfuhr hat heuer bereits in den ersten sieben Monaten 6 Millionen Kc., somit einen Erlös gebracht, der dem Gesamterlös des ganzen Vorjahres entspricht. Diesen steilen Anstieg der Hadernausfuhr der C. S. R. führt die bezügliche Estrop-Information auf die verschärfte deutsche Rohstoffautarkie zurück, in deren praktischer Auswirkung die deutsche Textilindustrie in immer stärkerem Ausmaße zur Verwendung von Ersatzstoffen gezwungen wird. Es ist nun klar, daß hierdurch Hadern und andere Textilabfälle gesucht und höher bewertet werden.

Juda hilf!

New York, 9. Sept. (Inpreß): Wie United Preß aus gut unterrichteten Kreisen erfährt, macht der deutsche Reichsbankpräsident Schacht Anstrengungen, um die einflussreichen deutschen jüdischen Bankiers und Industriellen am „Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft“ in weitgehendem Maße als bisher teilnehmen zu lassen. Bei einer Reihe von internationalen Transaktionen haben in der letzten Zeit jüdische Finanziers in Deutschland an prominenter Stelle mitgewirkt. In unterrichteten Kreisen ist weiter davon die Rede, daß Schacht mit Sir Henry Deterding vor dessen Abreise nach Amerika eine Unterredung gehabt hat. Deterding soll sich ausdrücklich bereit erklärt haben, zu versuchen, den jüdischen Boykott gegen deutsche Waren zu mildern.

Waggonindustrie klagt und hofft

Zu den Meldungen über neue Waggonbauaufträge wird aus Fachkreisen mitgeteilt, daß solche Nachrichten falsche Vorstellungen über die Lage in der Waggonindustrie erwecken könnten. Die tatsächliche Lage in dieser Industrie sei so, daß seit den sogenannten normalen Bestellungen der Deutschen Reichsbahngesellschaft an die Waggonindustrie von jährlich 150 bis 200 Millionen RM. in den letzten Jahren durchschnittlich nur etwa 20—30 Prozent dieser Summe vergeben worden sind. Im Jahre 1934 sei eine leichte Besserung eingetreten. Wie sich die Lage im Jahre 1935 gestalten werde, stehe noch nicht fest. Die bisher bekannten Aufträge der Reichsbahn seien so gering wie die der letzten Jahre. Auch das Geschäft mit anderen Kunden der Industrie liegt noch stark daunieder.

Im ganzen habe also die Waggonindustrie an der durch die Maßnahmen der Regierung herbeigeführten innerdeutschen Wirtschaftsbelebung noch kaum teilgenommen. Das sei an sich begreiflich, da die Beschäftigungskurve dieser Industrie der allgemeinen Beschäftigungskurve immer erst in einem Abstand von etwa einem Jahr folge. Jedenfalls müsse, so wird besonders betont, noch viel für diese Industrie geschehen, bevor sie ihren alten Arbeiterstand, der größtenteils noch erwerbslos sei, wieder zur Arbeit zurückrufen könne.

Betr.: Maschinen-Bänder.

Infolge eines noch laufenden günstigen Abschluss-Restes bin ich in der Lage, Sie bei umgehender Entschliessung in der bewährten Qualität „F“ doppelt, 5-fach genäht, undehnbar, 15 18 20 22 24/25 27 mm breit Mk. 7,40 9.-- 11.-- 11,50 12,40 14.-- per 100 m (auch alle Unter- und Oberbänder für Buchdruck-Schnellpressen noch zu früheren Preisen vorrätig!)

zu vorstehenden alten Ausnahme-Notierungen-also ohne den bekannten Material-Wertzuschlag!-zu bedienen.

Durch die bedauerliche Rohmaterial-Verknappung und langfristigen Liefertermine der Webereien ist die Nachfrage augenblicklich sehr gross und ich hoffe gern, postwendend von Ihnen zu hören.

Es handelt sich hier wirklich um ein Vorzugs-Angebot, worauf ich ganz besonders hinweisen möchte.

Mit deutschem Gruss!
(Unterschrift)

gedrückt und Seil! Seil! Hitler-Deutschland verlange aber vollständig, in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen.

Rußlands Außenhandel

England überflügelt Deutschland

Der Gesamtbetrag des russischen Außenhandels stellte sich im ersten Halbjahr 1934, wie bereits kurz gemeldet, auf 292 Mill. Rubel gegenüber 399,4 Mill. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Dabei betrug die russische Ausfuhr 181,4 Mill. gegenüber 212,8 Mill. im ersten Halbjahr 1933 und die Einfuhr 110,6 Mill. gegenüber 185,6 Mill. Die Handelsbilanz war im Berichtshalbjahr mit 70,8 Mill. Rubel aktiv gegenüber einer Aktivität von 27,2 Mill. im ersten Halbjahr 1933.

Auf die wichtigsten Länder verteilte sich die russische Aus- und Einfuhr im ersten Halbjahr 1934 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt (in Mill. Rubel):

	Ausfuhr		Einfuhr		Gesamtumsatz	
	1. Halbjahr 1934	1933	1. Halbjahr 1934	1933	1934	1933
England	55,6	51,8	21,5	18,2	55,1	50,0
Deutschland	55,1	47,8	16,2	99,0	49,3	146,8
Mongolei	16,9	15,6	6,2	6,5	23,1	19,9
Italien	9,7	11,3	6,7	9,4	16,4	20,7
Holland	9,8	9,9	7,0	2,0	16,8	11,9
Frankreich	11,5	12,2	5,4	5,0	16,9	15,2
USA	6,5	5,4	8,8	5,8	15,3	11,2
Belgien	8,5	12,1	2,8	0,5	12,3	12,4
Persien	5,7	5,5	8,0	5,7	13,7	11,0

Mithin stand dem Gesamtumsatz nach sowie in der Aus- und Einfuhr der Räteunion England im Berichtshalbjahr an erster Stelle. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1933 ist die Rußland-einfuhr aus England um 3,3 Mill. Rubel gestiegen, während die Einfuhr Deutschlands nach Rußland um nicht weniger als 82,8 Mill. Rubel zurückgegangen ist. Es muß indes darauf hingewiesen werden, daß der Vergleich mit dem Vorjahr infolge der im Jahre 1934 vorgenommenen grundlegenden Aenderung in den Berechnungsmethoden der russischen Außenhandelsstatistik nur ein ungefähres Bild geben kann. Insbesondere betrifft dies die Angaben über die russische Ausfuhr nach den einzelnen Ländern.

Aeroplanzüge zwischen Moskau und Charkow

Moskau, 9. September. Zwischen der Hauptstadt der Sowjetunion und dem bedeutendsten Industriezentrum der Sowjetunion Charkow ist laut einer Estrop-Information mit dem 1. September ein regelmäßiger Aeroplanungsverkehr für Post- und Warentransporte eingerichtet worden. Die Aeroplanzüge bestehen aus einem Motorflugzeug und aus zwei bis drei Segelflugzeugen, die dem Motorflugzeug angehängt und von ihm geschleppt werden. Die Segelflugzeuge, die ausschließlich Frachten mit sich führen, werden am Bestimmungsort abgekoppelt, während der Zug den Flug ohne Zwischenlandung fortsetzt. Obgleich nun die Manövrierfähigkeit bei Schlechtwetter einstweilen noch nicht genügend gesichert erscheint, wird in den großen Versuchswerkstätten der Sowjets schon jetzt alles daran gesetzt, um diesen noch ungewohnten Zugverkehr in den Lüften auch bei ungünstigem Wetter möglichst aufrechtzuerhalten.

Radium in Sowjet-Asien

Der Chefingenieur des Trusts „Sredasgeodesia“, L. V. o. B., meldet aus Taschkent, daß der Trust in der Nähe der Naphthaquellen nördlich von Andishan ein beträchtliches Vorkommen radiumaktiver Uranerze entdeckt hat. Die technischen Bedingungen für die Ausbeutung dieses Vorkommens liegen laut der bezüglichen Estrop-Information recht günstig, indem die Fundstätten von den Eisenbahnstationen Andishan, Utsch-Kurgan und Chakulj-Abad nur 35 bis 40 Kilometer entfernt sind. Da die Quellen der Umgebung ebenfalls gesteigerte Radiumaktivität zeigen, schlägt der Trust zugleich die Schaffung eines Kurortes im benachbarten Quellengebiet vor.

Wie ich Hauptmann von Köpenick wurde

Von Wilhelm Voigt

Im vorangegangenen Kapitel schilderte Voigt, wie alle seine Bemühungen um Arbeit vergeblich blieben. Ein Ausweisungsbefehl folgte dem anderen — wo er sich immer einige Zeit auf der Arbeitssuche aufhielt. Er empfand es beinahe als Erleichterung, daß er für Berlin und die dreißig im Ausweisungsbefehl angeführten Ortschaften vierzehn Tage Zeit hatte. Er konnte sich noch etwas bei seiner Schwester aufhalten, bei der er ein kurzes Asyl gefunden hatte.

Wie ich auf die Idee kam

Ich ließ nun zunächst diese Zeit ruhig verstreichen und bemühte mich um einen neuen Arbeitsplatz.

Hinsichtlich dessen hatte ich mich nach auswärts gewandt. Pirmasens, Prag und Münchengrätz boten mir annähernd gleiche Offerten. Pirmasens sogar noch etwas höher. Aber was nützte mir das, hatte ich doch zwei Ausweisungen im Deutschen Reiche erhalten, da konnte ich unmöglich erwarten, daß sich die bayerischen Behörden einem preussischen Untertan gegenüber in einem solchen Falle rücksichtsvoller erzeigen würden als die eigenen Landesbehörden. Für Böhmen kam nun noch hinzu, daß eine Niederlassung ohne gültigen Paß für einen Ausländer überhaupt gänzlich ausgeschlossen ist. Mein künftiges Wohl und Wehe knüpfte sich daran, daß ich mich in den Besitz eines Passes setzte.

Während meines Aufenthaltes hatte meine Schwester mich mit einer Frau bekannt gemacht, von der sie glaubte, es sei für mich zweckdienlich, wenn ich mich mit ihr verheiratete. Es wäre vielleicht möglich gewesen, wenn die Behörde mir damals freundlich entgegengekommen wäre, daß diese geplante Heirat zustande kam.

Allerdings hätte ich eine schwere Last damit auf meine Schultern geladen. Zu der Familie gehörte nämlich ein fünfjähriger Knabe, der sozusagen auf der Straße aufgewachsen war, alle die Unarten eines Straßenjungen an sich hatte und den doch seine Mutter so verzog, daß schon ein harter Blick, mit dem man die Unarten ihres Lieblings rügte, sie auf das äußerste erregen und erbittern konnte. Hätte ich damals geheiratet oder täte ich es heute, so wären täglicher Hader und Streit die unausbleiblichen Folgen. Das ist ihr und auch mir zur Genüge klar geworden, und ich kann es nur tief beklagen, daß seinerzeit in einem Teil der Presse dahingehende Nachrichten verbreitet worden sind.

In jenen Tagen las ich in einer Zeitung einen Artikel, der die Ausweisklage behandelte. Darin wurde ausgeführt, daß selbst eine ganz geringe Vorstrafe der Polizeibehörde dazu dienen könnte, der bestraften Person den Aufenthalt in ihrem Ort zu erschweren oder ganz unmöglich zu machen. Wobei man gar nicht daran zu denken brauchte, daß ein Beamter pflichtwidrig das ihm amtlich zur Kenntnis gekommene auf privatem Wege weiterverbreitete. Dieser Artikel ließ mich nicht wieder los. Und ich kam zu der Erkenntnis, daß ich mich auf jeden Fall in den Besitz einiger Paßformulare setzen müsse.

Nur ist mir hier ein großer Irrtum passiert.

Meinen ersten Paß hatte ich nicht von der Polizeibehörde erhalten, wie ich glaubte, sondern das Landratsamt hatte mich mir ausgestellt. Es schrieben damals zwei Brüder, Schulkameraden von mir, der eine im Büro der Polizeiverwaltung, der andere im Sekretariat des Landratsamtes.

Ich hatte mir damals von dem einen Bruder den Nachweis ausstellen lassen, und der andere Bruder hatte mir den Paß ausgestellt, und das war mir im Laufe der Jahre entfallen. Ich glaubte, daß die Paßformulare in dem Sekretariat der Polizeiverwaltung aufbewahrt würden, und beschloß demgemäß, mir dieselben aus irgendeinem mir zugänglichen Büro zu holen.

Die Frage drehte sich nur noch um das „Wie und Wo?“

Ich hatte zwei Möglichkeiten: entweder mittels nächtlichen Einbruchs mir Zugang in die Büroräume zu verschaffen, um die Spinde und Fächer einer Durchsicht zu unterziehen — oder aber durch einen Gewaltakt, wie ich ihn schließlich ausgeführt habe, am hellen Tage die Behörde einfach festzulegen und dann das zu nehmen, was ich brauchte und was man mir versagte. Ich hatte mich bereits auf den Standpunkt gestellt, daß ich nun auch meinerseits gar keine Veranlassung hatte, den Behörden mit irgendwelcher Rücksicht zu begegnen. Auch über das „Wie“ hatte ich mir meine Gedanken gemacht.

Der Plan meiner Köpenickidee begann in mir zu reifen!

Außerdem mußte ich mit Recht annehmen, daß, nachdem ich zwei Ausweisungen hinter mir hatte, auch die nachfolgenden Orte, die ich aufsuchte, mit der gleichen Rücksichtslosigkeit gegen mich verfahren würden.

Wenn vielleicht heute einer oder der andere sagen würde: „Nein, das wäre nicht geschehen!“, so ist das wertlos, denn was mir damals widerfuhr, das ist schon vor Jahren Tausenden geboten worden, ohne daß sich je eine Hand oder ein Fuß zur Hilfe gerührt hätte.

Und nun kommt die Frage:

„Wie sind Sie nur eigentlich auf die Idee gekommen?“

Ihrer Beantwortung schon etwas näher.

Ich hatte analoge Vorgänge, wie sie der „Tag von Köpenick“ bietet, schon aus der Geschichte kennengelernt.

Ich erinnere mich an den Großen Kurfürsten, der auch den Bürgermeister von Königsberg in der Nacht von seinen Trabanten ausheben und nach Brandenburg schaffen ließ, wo er, wenn ich nicht irre, 28 Jahre in der Gefangenschaft verbringen mußte. Auch an die Geschichte des Michael Kohlhaas dachte ich, der vielleicht den bekanntesten Typ des Rechtsbrechers aus gekränktem Gerechtigkeitsgefühl darstellt.

Genug, ich arbeitete meinen Plan aus und habe bewiesen, daß ich der Mann war, ihn auch durchzuführen. Was soll da alles Gerede, womit man an meinem Vorgehen, ja selbst an meiner Uniform herumkritisiert?! . . . Beispielsweise, ich hätte keinen Helm getragen!

Der Helm stand ruhig in meiner Wohnung auf dem Tische, ich hielt es aber nicht der Sachlage nach nötig. 17 Stunden

lang einen Helm auf dem Kopfe zu tragen zu einer Diensthandlung, die ich bequemer in der Müge ausführen konnte und wollte.

Mein Feldzugsplan

Es handelte sich für mich lediglich darum, von wo ich mir die Mannschaft nehmen konnte oder wollte, und außerdem, wie ich am bequemsten von dem Orte der Uebernahme der Mannschaft bis an den Ort der Tat gelangen konnte. Anfangs hatte ich beabsichtigt, mir ein Kommando, das vom Truppentransport zurückkehrte, von einem Bahnhof Berlins aufzunehmen und damit zu operieren.

Zu diesem Behufe hatte ich mich zunächst eines Abends auf den Schlesischen Bahnhof begeben, über welchen, wie ich wußte, sehr viel Transporte ziehen. Aber gerade an dem Abend, wo ich mich dort aufhielt, war keine Mannschaft vorhanden.

So beschloß ich denn, eine der abgelösten Wachen von dem Tegeler Schießstande zu verwenden. Dazu mußte ich mir aber klar werden, welchen Ort ich heimsuchen wollte. Ich hatte die Wahl zwischen Bernau, Oranienburg, Fürstenwalde, Nauen oder Köpenick.

Ich hatte mich, um vorläufig einmal einen Ueberblick zu finden, bereits am Tage vorher nach Nauen begeben. Dort stieß ich denn, als ich nach Berlin zurückkehren wollte, mit dem Großen Generalstabe und den Offizieren der Kriegsakademie zusammen, die an dem Tage nach Nauen gefahren waren, um sich über die Einrichtungen der drahtlosen Telegrafie zu informieren.

Einen Moment war ich etwas verblüfft, aber ich nahm die Dinge, wie sie eben waren, und so wurde ich auch nicht weiter behelligt.

Nauen schien mir aber durch das dazwischenliegende Spandau zu gefährlich, und so entschloß ich mich für Köpenick, weil ich dies mit Benutzung der Bahn am schnellsten erreichen konnte.

Ich wußte, daß das Fehlen der Mannschaften in der Kaserne zunächst keine Beunruhigung hervorrufen würde, und so hatte ich vollständig Zeit, meine Absichten in Köpenick auszuführen. Daß ich mich keineswegs verrechnet hatte, beweisen die nachfolgenden Tatsachen.

Mit Rücksicht darauf, daß ein spätes Verlassen meiner Wohnung den Einwohnern des Hauses auffällig erscheinen und gleich zu meiner Entdeckung führen könnte, mußte ich so früh als möglich fortgehen.

So kleidete ich mich denn in meinem Zimmer an und verließ morgens gegen 3.30 Uhr meine Wohnung. Zunächst fuhr ich mit dem nächsten Zuge um 4 Uhr früh nach Köpenick, um wenigstens das Rathaus zu sehen, kehrte aber bereits um 6 Uhr nach Berlin zurück, nachdem ich in einem entlegenen besseren Lokal gefrühstückt hatte. Dort verweilte ich einige Stunden und begab mich in einer Droschke nach der Seestraße, stieg dort aus und machte mich mit dem Orte bekannt, wo die Wachen kampierten.

Nachdem ich mich genügend informiert, suchte ich wieder ein Gartenlokal auf, in welchem ich zu Mittag speiste. Auf dem Wege dahin hatte ich noch eine Begegnung mit einem Major der Luftschifferabteilung. Auch das bürgt zur Genüge dafür, daß die so sehr bemängelte Uniform in durchaus tadellosem Zustande war. Nachdem ich gespeist, begab ich mich etwa um 11.30 Uhr auf den Platz, um die Wachen in Empfang zu nehmen.

Wider mein Erwarten sah ich bereits eine im Abmarsch begriffen. Wie ich später erfuhr, war es die Mannschaft von der Schwimmanstalt.

Da sie nicht in ordnungsmäßiger Weise grüßte, rief ich ihr zu:

Halt!

Und der Kommandierende der Wachmannschaft ließ halten und machte mir in vorschriftsmäßiger Weise die Meldung über das „Woher und Wohin!“

Ich muß hierzu bemerken, daß mich dieser Gefreite nach annähernd zwei Jahren, als ich zu meiner Erholung im Kurhaus Jaegerhof bei Duisburg weilte, besuchte. Er wohnte nämlich in der Nachbarschaft in Homburg a. Rh. Ich fragte ihn gesprächsweise, was er sich denn gedacht hätte, als ich ihn anrief.

Er antwortete mir, er hätte geglaubt, er würde drei Tage bekommen und dadurch auch die Knöpfe verlieren, weil er mich nicht hätte sehen wollen, um mir nicht mit seinem Kommando die Achtungsbezeugung leisten zu müssen.

Ich teilte also ihm und der Mannschaft mit, daß sie jetzt nicht zur Kaserne marschieren dürften, sondern auf höhern Befehl durch mich zu einer anderen Dienstleistung kommandiert würden. Dann befahl ich dem Gefreiten, auch die zunächst gelegene Wache von dem Schießstande des 2. Garderegiments herbeizurufen. Dies geschah in kürzester Frist.

Als auch die zweite Wache herangetreten und ihr Führer die vorschriftsmäßige Meldung gemacht hatte, teilte ich ihm dasselbe mit, bestimmte den ersten Wachtkommandanten zum Kommandierenden des Ganzen, ließ ihn die Mannschaft rangieren und schloß und befahl den zweiten Kommandanten an die Queue. Darauf befahl ich den Abmarsch zum Bahnhof Putligstraße.

Ich hatte, mit Rücksicht darauf, daß die Mannschaft ja nicht zur Kaserne zurückmarschieren konnte, bestimmt, daß sie sich zunächst in der ersten Bahnhofrestauration durch ein Glas Bier erfrischen und dann in Köpenick zu Mittag speisen sollte. Die nötigen Barmittel dazu händigte ich dem Führer ein. Ebenso die Fahrkarte, da ich einen Wagen nicht requirieren mocht.

So ging's nach Köpenick!

In Rummelsburg mußte umgestiegen werden. Da noch etwas Zeit war, traten die Mannschaften ans Büfett, um sich zu stärken.

Bei dieser Gelegenheit machte ich die Bemerkung, daß sie sich in etwas breiter Weise mit der Zivilbevölkerung unterhielten.

Um für Köpenick das unmöglich zu machen, beschloß ich, ein kleines Korrektionsmittel anzuwenden, ließ der Mannschaft vor der Hand aber freien Willen, obgleich ich sie hätte antreten und „Gewehr bei Fuß“ dastehen lassen können. In Köpenick habe ich dann die Mannschaft in der Restauration zu Mittag speisen lassen.

Ich hatte ihnen dazu $\frac{1}{2}$ Stunde Zeit gegeben, währenddessen spazierte ich auf dem Korridor des Bahnhofes auf und ab. Pünktlich trat die Mannschaft heraus.

Ich ließ zunächst vor dem Bahnhofs aufmarschieren und machte die Diensterteilung für das Rathaus. Dann ließ ich die Seitengewehre aufpflanzen, lediglich um die Mannschaft daran zu erinnern, daß sie nicht zum Vergnügen, sondern zum Dienst kommandiert sei. Es klappte alles, und ich hatte während der Dauer meines dortigen Aufenthaltes keine Veranlassung, noch einmal eine Rüge zu erteilen.

Instruktionen für die Behandlung einzelner Personen hielt ich nicht für notwendig, da ich aus Erfahrung weiß — wie sich das auch in diesem Falle wieder bestätigte —, daß ein Mann, der auch nur ein Jahr gedient hat, vollständig darüber informiert ist, wie er einen ihm zugeteilten Gefangenen zu behandeln hat.

Instruktionen zu irgendeiner gewalttätigen Handlung hatte von meiner Seite niemand erhalten. Ich wußte genau, daß ich zu dem, was ich befehlen würde, unbedingten Gehorsam finden oder ihn mir jedenfalls verschaffen würde.

Später ist die Frage aufgeworfen worden, was ich wohl getan hätte, wenn nun die Bevölkerung Partei für ihre Behörde ergriffen und mich und meine Mannschaft angegriffen hätte.

Diese Frage zu beantworten, ist gar nicht möglich.

Im gegebenen Augenblick würde ich eben gehandelt haben, wie es für einen Offizier in solcher Lage geboten ist!

Zur Attacke marsch marsch!!

Wir zogen also zum Rathaus, und nachdem ich dort in ordnungsmäßiger Weise die Posten hatte aufstellen lassen, verfügte ich mich in das Innere.

Auf der Vortreppe begegnete mir ein Ortsgendarm, und da er augenblicklich dienstfrei war, kommandierte ich ihn sofort zum Dienst und wies ihn für alles Weitere an meinen Truppenführer, den Gefreiten.

Ich hatte bestimmt, daß die erste Wache, welche aus vier Gardefüsiliern bestand, die drei Portale mit je einem Posten zu besetzen hatte.

Der Führer der Wache, mein Truppenkommandeur, hatte zunächst das Kommando über das Rathaus und auch gleichzeitig den Ordonnanzdienst bei mir.

Ohne meine Erlaubnis durfte niemand das Rathaus betreten oder verlassen.

Ich betrat nun also das Rathaus, sechs Grenadiere und einen Füsilier hinter mir. Zunächst suchte ich mir das Zimmer des Sekretärs auf, das im ersten Stock lag.

Als ich die Tür öffnete, saß der Herr ruhig auf seinem Sitz.

Ich teilte ihm mit, daß ich Auftrag hätte, ihn nach Berlin zur Neuen Wache zu schaffen, und daß er sich demgemäß reisefertig machen möge.

Er hatte nicht viel dagegen einzuwenden, und so stellte ich ihm zwei Hüter zur Seite, die dafür zu sorgen hatten, daß ihm keine Unannehmlichkeiten zustoßen konnten.

Von hier begab ich mich in das nebenliegende Zimmer des Biermeisters.

Bei meinem Eintritt saß dieser hinter seinem Tisch auf seinem Sessel und schien etwas überrascht. Als er meine Charge jedoch erkannte, sprang er auf. Und wie ich auch ihm mitteilte, daß ich ihn

auf Allerhöchsten Befehl nach Berlin zur Wache zu bringen hätte, war er, wie befreit, zunächst darüber sehr bestürzt.

Er hat mich um Aufklärung, und ich beteuerte ihm, daß er ja dort alles erfahren würde. Und als er weiter in mich drang, ihm zu seiner Beruhigung doch zu sagen, was eigentlich gegen ihn vorliege, da habe ich ihm völlig wahrheitsgetreu gesagt: ich wüßte das nicht.

Er versuchte nun noch alle möglichen Ausreden und Einwendungen; als Antwort stellte ich auch ihm zwei Grenadiere vor und übergab ihn deren Hut.

In meiner ostpreussischen Heimat ist gewöhnlich der Stadtkassenrentant bekannt unter dem Namen Stadtkämmerer. Er ist dort gleichzeitig der stellvertretende Bürgermeister. Ich nahm an, daß das hier ebenso sei, und wollte den in Frage kommenden Herrn gleichfalls aufsuchen.

Auf dem Wege zum untersten Stock fiel es mir aber ein, daß ich noch gar keine Polizeibeamten gesehen hatte, und um mich darüber zu informieren, wo die Herren eigentlich steckten, schritt ich den Korridor nach links ab und kam so vor das Zimmer des Polizeinspektors.

Der saß gemütlich in seinem Sessel gelächelt und schlummerte. Ich weckte ihn. Er schaute ganz verblüfft drein. Darauf fragte ich ihn, ob er denn dafür von der guten Stadt Köpenick bezahlt würde, daß er hier säße und schlummerte? Er möchte die Güte haben, sich hinauszubehalten und dafür zu sorgen, daß in den Straßen die nötige Ordnung eingehalten würde und in dem Verkehr keine Störung eintrete.

Schleunigst entfernte er sich, wurde aber von dem Posten am Portale nicht durchgelassen und kam ganz verdutzt und verstört zu mir zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Sandler - Präsident in Genf

Der sozialistische Außenminister Schwedens führt den Vorsitz
Eine deutliche Ansprache Beneschs

Genf, 10. Sept. 1934. (Fig. Draht.)

Durch den Präsidenten Benesch wurde heute vormittag die Völkerverammlung eröffnet. Zum Präsidenten der Völkerverammlung wurde der sozialistische Außenminister Schwedens, Sandler, gewählt. Er überraschte den Völkerverbund mit der ganz unformellen und lakonischen Erklärung, daß er nicht daran denke, nunmehr ein wohlvorberichtetes Manuskript hervorzuziehen und der Versammlung einen mehr oder weniger langen Text vorzulesen, sondern er danke der Versammlung für das ihm bewiesene Vertrauen und hoffe auf erfrischliche Zusammenarbeit!

Die Eröffnungsrede Beneschs war eine Sensation. Mit absoluter Offenheit ging der Redner auf die Schwächen des Völkerverbundes ein, wies auf sein Verlangen im südamerikanischen Chaco-Konflikt hin wie im Konflikt im Fernen Osten, führte aber als Postscriptum an, daß es ihm gelungen sei, den Frieden in Europa selbst zu erhalten. Obwohl Deutschland und Japan leider aus dem Völkerverbund ausgetreten seien, werde durch den Beitritt des größten

europäischen Staates, nämlich Sowjetrußlands, ein mehr als guter Ausgleich geschaffen. Dieser Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerverbund sei für den europäischen Frieden von größter Wichtigkeit.

Die Rede Beneschs war ein erstes Bekenntnis zum Gedanken des Völkerverbundes. Benesch prägte im Laufe seiner Rede u. a. den Satz, daß sich einige Völker in ihrer moralischen Haltlosigkeit dem Absolutismus verschrieben hätten, heute aber noch ratloser seien als vorher. Dieser Satz war sehr deutlich an die Adresse Hitler-Deutschlands gerichtet.

In Genf lächelt man allgemein über die Delegation der braunen Front. Köhling hat in ungewohnter Freigebigkeit eine große Anzahl seines Buches: „Deutsch ist die Saar“ unter die anwesenden Journalisten verteilt. Man hat zwar aus Gründen der Höflichkeit das Buchgeheimt angenommen, aber schon überlegt man sich, wo man es still ablegen kann, denn keiner der Journalisten beabsichtigt, dieses einseitig beschriebene Buch zu lesen, damit seine Zeit zu vergeuden.

Wie ein Franzose uns sieht

Er vergißt die vielen Millionen Friedensfreunde auch in Deutschland

Paris, 11. September 1934.

(Von unserem Korrespondenten)

Im „Intransigeant“ zeigt Gallus die Verschiedenheit der französischen und deutschen Lebensauffassung auf; so wie er es beareit:

„Der Krieg ist an sich kein Gut! Wer spricht so? Einer unserer berühmtesten Kriegsführer, Marshal Petain! Die Franzosen haben nach ihrer ganzen Veranlagung den Krieg. Wenn sie ihn führen müssen, verstehen sie es so gut, wie nur irgend einer. Das haben sie bewiesen. Sie sind imstande, vier Jahre lang einen Heldennut zu erdulden, wie sie darin zu keiner Zeit und von keinem Lande übertroffen wurden. Aber selbst in dem Augenblick, wo sie zu den Waffen greifen, denken sie nur an die glücklichen Stunden, wo sie wieder in Frieden diese Waffen niederlegen können. Und die Generale teilen dieses Gefühl mit dem einfachsten Soldaten. Aber was denkt ihnen gegenüber das andere Volk, das von Anbeginn ihrer Geschichte sie unaufhörlich angreift? Marshal Petain sagt es auch:

„Deutschland besitzt ganz besonders als Merkmal seiner Rasse nicht nur diese kriegerische Tugend, die ihm auf den Schlachtfeldern Erfolge brachte, sondern es findet noch dazu Gefallen an der Gewalt, ebenso wie es dauernd die Neigung hat, seine Waffen zu schwingen, um damit seine Politik zu führen.“

„Morro Castle“

Die Untersuchung führte bisher zu keinen sicheren Resultaten

NEW YORK, 10. Sept. Im gedrängt vollen Sitzungssaal der New Yorker Zollbehörde begann unter dem Vorsitz des Direktors der Inspektionsbehörde für die Handelsmarine Division Hoover die Untersuchung der Bundesbehörde über die Katastrophe der „Morro Castle“. Als erster Zeuge wurde der Stellvertreter des Kapitäns Warm's vernommen. Als man ihm den Tod seines Freundes, des Kapitäns schilderte, brach Warm's zusammen. Er erklärte, daß der Kapitän am Freitagabend ganz plötzlich infolge einer akuten Verdauungsstörung gestorben sei. Bei der Autopsie sei der Kapitän ganz gesund gewesen. Warm's sagte ferner aus, daß er als Brandursache Brandstiftung vermutete. Diese Vermutung bekräftigte er durch die Tatsache, daß bereits auf der vorigen Reise ein Brandstiftungsversuch unternommen worden sei. Von dem Ausbruch des Feuers habe er um 2.45 Uhr früh Nachricht erhalten. Zu dieser Zeit meldete die Deckwache das Auftreten von Feuer und Rauch in den Ventilatoren an der Backbordseite mittschiffs. Er, Warm's, habe darauf sofort den zweiten Offizier angewiesen, sofort die nötigen Maßnahmen zu treffen. Kurz darauf habe die im Salon befindliche Nachtwache Feuer in der Bibliothek gemeldet. Der Brand war hier in einem Schrank ausgebrochen, dessen Türen aufsprangen. Im Innern wurde Gasolin festgestellt. Gegen 3 Uhr habe er Generalsalarm gegeben. Die Mannschaft sei herausgerufen worden und die Stewards und die Salonwache hätten Anweisung erhalten, die Passagiere zu wecken. Ein Blitzschlag komme als Brandursache nicht in Frage.

77 Tote festgestellt — 60 Vermißte

NEW YORK, 10. Sept. Nach den neuesten Meldungen sind 77 Tote der „Morro Castle“ festgestellt, vermißt werden 60 Personen, und zwar 29 Fahrgäste und 31 Mitglieder der Besatzung.

Bericht eines Augenzeugen

„Die meisten lebendig verbrannt“

Einer der geretteten weiblichen Passagiere, die Tochter des Generals Domingo Mendez Capote, des Führers der revolutionären Bewegung gegen Machado, Senorita Renee, berichtete über ihre Erlebnisse in dieser Schreckensnacht wie folgt: „Ich bin sicher, daß die meisten lebendig verbrannt sind, während sie in ihren Betten schliefen. Ein Warnungssignal wurde nicht gleich gegeben. Ich verdanke mein Leben nur einem Zufall. Ich wurde durch ein knatterndes Geräusch, das sich anhörte, als ob Holz zersplitterte, aus dem Schlaf geweckt. Ich sprang aus dem Bett, kurzte zur Kabinentür und riß sie auf. Eine hohe Flammenkugel schlug mir entgegen. Es gelang mir gerade noch, die Tür wieder zuzuschlagen. Dann suchte ich nach einem Ausweg. Der einzige war das Kabinenfenster, das auf Deck hinausführte. Ich öffnete es und versuchte

durch die Luke ins Freie zu kriechen.

Trotz meiner Todesangst wollte ich diesen Versuch schon aufgeben, weil die Luke viel zu eng war. Da rief mich ein Matrose an: „Kommen Sie nur heraus, ich helfe Ihnen, wir werden es schon schaffen.“ Schließlich fand ich an Deck 15 Minuten beobachtete ich die heldenhafte Anstrengung der Matrosen, die den Brand zu löschen versuchten. Mit anderen

Und er fügt hinzu: „Möge der Gedanke an seine Toten es erinnern, daß die Menschheit nach so viel erlittenen Prüfungen nur noch den Wunsch hat, ihre Wunden zu verbinden, nur noch arbeiten will, um wieder zu einigem Wohlbefinden zu gelangen und nur noch versucht, dauernde und friedliche Harmonie in ihrem Innern zu schaffen.“ „Ja, aber in dem Augenblick, da unser Kriegsminister diese großen Worte äußerte“, so sagt Gallus weiter, „nahm Hitler am anderen Ufer des Rheines Paraden ab, bei denen selbst Frauen und Kinder im Takt marschierten. Er verherrlichte seine SA, die sich aus Kriegsfreiwilligen zusammensetzt. Er erklärte, sie sei die Kraft, auf der seine Autorität beruht. Der Gedanke an den Tod weckt in Deutschland nur die Erinnerung daran, daß es eine Schande ist, im Bett zu sterben. Wenn Deutschland könnte, mit welcher freudiger Begeisterung würde es sich auf uns stürzen. Aber, Gott sei dank, kann es das nicht!“

Der Vergleich, den Gallus zieht, ist recht interessant. Nur vergißt er, daß auch die Franzosen, wie jedes andere Volk, unruhlmüde Perioden in ihrer Staatsführung hatten. So die zwei Jahrzehnte Napoleons III. mit seinen Freitagskriegen und der Unterdrückung und Korruption im Innern.

Die französische Emigration hat diesen Napoleon damals etwa genau so eingeschätzt wie wir jetzt Hitler, und das mit Recht.

Passagieren zusammen ließ ich dann in das einzige brauchbare Rettungsboot an Steuerbord. Den Matrosen gelang es auch, das Boot aus der Hellinge zu schwingen und herabzulassen. Wir befürchteten jedoch alle, daß im nächsten Augenblick die Seele von den Flammen ergriffen werden könnten, und daß das Boot in die hochgehende See abstürzen könnte. Nachdem das Boot jedoch glücklich auf's Wasser aufstieg, warfen wir schnell los und ruderten aus Leibeskräften, um von dem brennenden Schiff fortzukommen.

Wir sahen Furchtbare,

aus vielen Lufen stekten vom Brande eingeschlossene Passagiere die Köpfe heraus, andere sahen wir in dem Flammenmeer auf Deck herumtaumeln. Wir schrien ihnen zu, über Bord zu springen. Sie sprangen jedoch nicht ins Wasser. Warum, weiß ich nicht. Es ist möglich, daß einige von ihnen es taten. Wir suchten auf jeden Fall die Oberfläche des Wassers nach schwimmenden Menschen ab, fanden jedoch niemand. Dann ruderten wir an Land...“

Neuerst günstige Kapitalanlage!

100 000 fr. Franken

gegen erste Hypothek zu leihen gesucht. Garantie: Neubautes schuldenfreie Geschäftshaus im Verkaufswert von 400 000 Franken, gelegen zu Luxemburg Stadt. Angebots unter R. K. Nummer 555 an alle Geschäftsstellen der „FREIHEIT“

Paris

Junggesellen-Wohnung

mit Bad und Küche möbl., zu vermieten. Heizung, Warmwasser, Telefon. 7. Aven. du Colonel Bonnet Passy

Die verbrannten Leichen

(United Press.) Das noch immer brennende Brack der „Morro Castle“ liegt nunmehr etwa 70 Meter vom Strande entfernt gegenüber Asbury Park. Es war nicht möglich, das Brack ins Dock zu schleppen, bevor der Brand endgültig gelöscht worden war. Die Feuerwehrleute, die das Feuer zu bekämpfen suchten, mußten Gasmasken tragen. Auch die Besatzung des Schiffs, der den Betriebskommissar der Küstenwache an das Brack der „Morro Castle“ brachte, ist mit Gasmasken versehen. Der Kommandant gab einem Vertreter der United Press eine Schilderung seines Antragsganges durch das Unglücksschiff: „Das Deck war so heiß, daß meine dicken Schuhsohlen völlig durchbrannten. Als wir durch die enge Gänge über verbogene Stahlträger und verholzte Balken unteren Deck suchten, boten die an vielen Stellen haufenweise liegenden verbrannten Leichen einen fürchterlichen Anblick. Bis zur Kommandobrücke war es kaum möglich zu gelangen, da die Dämme geradezu mahlnunig wurden. Unter der Brücke wütet immer noch das Feuer.“

Fünf Bergsteiger abgestürzt

Am Sonntagmorgen kürzten fünf Waller Touristen am Galenstock ab, alles Mitglieder der Badler S. A. G., Sektion Angewandte. Drei von ihnen sind tot, nämlich der Abwart des Dewettelschulhauses Bögel, Abwart Leonhard Diehm bei Goch und Kaufmann Lehmann. Schwer verwundet wurde Emil Oberhardt, wohnhaft an der Thanner Straße, Karl Gärtler, wohnhaft Wanderstraße, wurde weniger schwer verletzt.

Das Neueste

Die amerikanische Bundesbehörde hat die Untersuchung über die Katastrophe der „Morro Castle“ eingeleitet. Der Kapitän sagte aus, daß er Brandstiftung vermutet.

Im Staatsdepartement wurde erklärt, daß Amerika in allen humanitären und ähnlichen Fragen, niemals aber in den politischen Fragen mit dem Völkerverbund zusammenarbeiten werde.

Für den Gehaltsinhalt verantwortlich: Johann Pfl in Dudweiler; für Inserate: Otto Rud in Saarbrücken. Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schillingstraße 5. — Schillingstraße 77 Saarbrücken.

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

		im Monat	Zustellgebühr
Amerika	Dollar	1,—	0,50
Argentinien	Peso	3,—	1,—
Belgien	belg. Fr.	15,—	5,30
Dänemark	Kr.	3,70	2,30
England	sh	4,—	1,10
Frankreich	fr. Fr.	12,—	3,75
Holland	fl.	1,50	0,40
Italien	Lire	10,—	5,—
Luxemburg	belg. Fr.	15,—	5,30
Neubelgien	belg. Fr.	12,—	5,30
(Eupen-Malmedy)			
Oesterreich	(verboten)	—	—
Palästina	sh	4,—	1,10
Polen	(verboten)	—	—
Rumänien	Lei	90,—	30,—
Rußland	Rubel	1,—	—
Saargebiet	fr. Fr.	12,—	7,50
Schweden	Kr.	2,60	1,70
Schweiz	schw. Fr.	2,40	0,80
Spanien	Peseta	6,—	2,—
Tschechoslowakei	Kr.	30,—	5,50

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten

2. Auflage soeben erschienen!

Hitler cast

Von KLAUS BREDOW

Fragen Sie in den Kiosken und Buchhandlungen nach. Falls die Broschüre am Ort nicht zu haben ist, liefert die Buchhandlung der „Volkstimme“, Saarbrücken, Bahnhofstraße 32, gegen Voreinsendung von 3,90 französischen Franken auf das Postcheckkonto Saarbrücken Nr. 619 Verlag der „Volkstimme“, Saarbrücken